

AUSGABE VOM 21. NOVEMBER 2020

## Klimaschutz: Bund gibt eine Million Euro für Kölner Straßenbäume

Erfreuliche Nachrichten vermeldet der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. „Ich freue mich, dass der Haushaltsausschuss am Mittwoch meinem Vorschlag gefolgt ist und das Kölner Projekt ‘Wasser muss zum Baum’ mit knapp 1,1 Millionen Euro fördert. Mit dem Projekt soll erprobt werden, welches Bodensubstrat am besten für die gesunde Entwicklung der Straßenbäume geeignet ist“ erläutert Möring.

Die gut 80.000 Straßenbäume in der Domstadt sind extremen Standortbedingungen ausgesetzt Sie haben aber eine wichtige Bedeutung für das Stadtklima, sowohl als Schattenspende wie auch für die Verbesserung der Luftqualität. „Ein guter Tag für die klimagerechte Stadtentwicklung“, freut sich Möring.

## Epidemische Lage von nationaler Tragweite besteht fort

Der Bundestag hat das „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ mit breiter Mehrheit beschlossen. Zur Eindämmung des Coronavirus sind für eine begrenzte Zeit drastische Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben unerlässlich. Die rechtliche Grundlage dafür bietet das Infektionsschutzgesetz, das der Bundestag mit dem Bevölkerungsschutzgesetz angepasst hat. Diese Änderungen sind notwendig geworden, um nach rund acht Monaten andauernder Pandemie die bisherigen Maßnahmen des Bundes und der Länder wie Kontaktbeschränkungen, Restaurantschließungen oder die Absage von Kultur- und Sportveranstaltungen auf eine bessere rechtliche Grundlage zu stellen. Zukünftig müssen einschränkende Maßnahmen genau begründet werden und sind zeitlich beschränkt. Voraussetzung für die Anwendung des Gesetzes ist die Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Diese kann nur das Parlament feststellen. Das hat der Bundestag im Frühjahr getan und jetzt wiederholt. Denn die Zahl der Infizierten ist so hoch wie noch nie.



„Es wird in dieser Pandemie keine Impfpflicht geben“, so Gesundheitsminister Jens Spahn in der Debatte zum Infektionsschutzgesetz. (Foto: privat)

Es mache Mut, dass so schnell wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit Impfstoffe entwickelt werden, so Gesundheitsminister Jens Spahn in der Debatte. „Es macht mich ein Stück stolz, dass der erste Impfstoff, der Wirksamkeit zeigt, aus Deutschland kommt und hier entwickelt worden ist“, so der Minister. Bis zu einem ausreichenden Wirksamwerden der Impfung eines großen Teils der Bevölkerung bleibt die Kontaktreduzierung trotzdem der einzige Weg zur Eindämmung der Infektionen und zur Verhinderung der Überlastung unserer Krankenhäuser. Unionsfraktionschef Brinkhaus zeigte sich mit dem Gesetz in seiner jetzigen Form sehr zufrieden: „Das zeigt, dass das Parlament bei der Bewältigung der Corona-Pandemie auf dem Fahrersitz sitzt“. CDU-MdB Karsten Möring ergänzt: „Ich habe guten Gewissens und voller Überzeugung zugestimmt. Mit Disziplin werden wir das Virus besiegen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die AfD will auf der Welle der Corona-Kritiker surfen. Einzelnen Abgeordneten ist dafür jedes Mittel recht. Dass mehrere AfD-MdB nun sogar Provokateure,



als Gäste getarnt, in den Reichstag einschleusten, darf sich das Parlament keinesfalls bieten lassen. Wenn freigewählte Parlamentarier in ihrer Arbeit bedrängt, beleidigt, genötigt werden, dann muss das Konsequenzen haben. Man stelle sich nur einmal vor, solche Einschüchterungen fänden vor Wahllokalen statt oder es wäre im Bundestag nicht beim Anpöbeln und Filmen geblieben. Für mich gilt: Wehret den Anfängen!

In diesen Tagen werden Dämme eingerissen, deren Stabilität noch vor einigen Monaten niemand in Frage gestellt hätte. Das zeigt auch das Gefasel vom „Ermächtigungsgesetz“, um die Situation in die Nähe der Nazidiktatur zu rücken. Als wäre das Gesetz zur Eindämmung der Pandemie mit Hitlers Ermächtigungsgesetz vergleichbar. Die Rechtsaußen von der AfD wollen bis heute nicht akzeptieren, dass auch die Freiheitsgarantie des Grundgesetzes dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt, die Freiheit zum Beispiel, in Gesundheit leben zu können und nicht von lebensgefährlichen Infektionen bedroht zu werden. Die Kölnerinnen und Kölner können sich darauf verlassen: Ich lasse mich nicht einschüchtern. Ich stehe für den Schutz der Freiheit und den Schutz der Schwachen!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Geldwäschevorschriften werden verschärft

Der Bundestag hat am Freitag in erster Lesung über den Gesetzesentwurf zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche beraten. Damit soll die EU-Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche umgesetzt und dieser Tatbestand neu definiert werden. „Für uns als CDU/CSU ist zentral, dass wir hart, konsequent und wirksam antworten können, um Kriminellen zu zeigen, dass Straftaten sich nicht lohnen. Wir packen die kriminellen Clans dort, wo es ihnen besonders wehtut - beim Geld.“ Mit der Neudefinition des Straftatbestandes soll es künftig nicht mehr darauf ankommen, dass Vermögenswerte nur aus ganz bestimmten Straftaten stammen. Entscheidend wird nur noch sein, dass ein Vermögenswert überhaupt durch eine Straftat erlangt wurde.

„Illegale Profite dürfen unter keinen Umständen bei den Tätern verbleiben“, erläutert Kölns CDU-Bundestagsabgeordneter Karsten Möring die Zielsetzung. „Damit das Gesetz auch tatsächlich ein scharfes Schwert bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird, haben wir als Union darauf bestanden, dass es keine Unterscheidung zwischen strafloser leichtfertiger und strafbewährter vorsätzlicher Geldwäsche gibt, wie es das SPD-Justizministerium vorgesehen hatte. Dies hätte zu massiven Strafbarkeitslücken geführt, weil vorsätzliche Geldwäsche in der Praxis sehr schwer nachweisbar ist. Auch wer leichtfertig seine Augen davor verschließt, dass Vermögen aus kriminellen Machenschaften stammen, muss künftig mit Strafe rechnen. Denn Verbrechen dürfen sich nicht lohnen“, so MdB Möring.

## Digitaler Überblick über die Alterssicherung kommt

Der Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen beschlossen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in absehbarer Zeit einfach und sicher den Stand ihrer Alterssicherung online einsehen können. Dazu wird eine zentrale Stelle für die digitale Rentenübersicht eingerichtet, bei der die eigenen Alterssicherungskonten unabhängig vom Träger der Rentenversicherung abgefragt werden können.

Kölns CDU-MdB Karsten Möring: „Das ist ein großer Fortschritt und schafft mehr Klarheit - auch für Kölnerinnen und Kölner. Nicht nur die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch aus zusätzlichen betrieblichen und privaten Vorsorgeverträgen sollen verständlich und vergleichbar dargestellt werden. Diese Informationen können dann Grundlage für eine Altersvorsorgeberatung und -planung sein. Die Umsetzung wird schrittweise erfolgen.“ Außerdem bestimmt das Gesetz klarere Kriterien bei der Vergabe von Rehabilitationsleistungen und regelt die Zulassung und Inanspruchnahme von Rehabilitationseinrichtungen neu.

## Bayrischer Bauausschussvorsitzender zu Besuch



Eine offizielle Delegation des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr des Bayerischen Landtages wollte diese Woche zu Gesprächen mit Fachpolitikern des Bundes den Reichstag besuchen. Leider fiel das geplante Treffen der Corona-Situation zum Opfer. Kölns MdB Karsten Möring, Mitglied im Bauausschuss, konnte sich aber wenigstens über den Besuch des Ausschussvorsitzenden MdL Sebastian Körber (FDP) freuen und nutzte die Gelegenheit, mit ihm über die Baugesetz-Novelle, über Bundesmittel zur Wohnraumbeförderung und Maßnahmen zur Reduktion der Baukosten zu diskutieren. „NRW und Bayern sollten in der Baupolitik zukünftig noch stärker als bisher an einem Strang ziehen“, resümiert MdB Möring den Meinungsaustausch. Extra für das Abschlussfoto wurden unter Wahrung der Abstandsregeln die Masken kurz abgenommen. (Foto: Privat)

## Bund stärkt Gesundheitsämter vor Ort

Am Donnerstag hat der Bundestag über die Ergänzungszuweisungen des Bundes nach dem Finanzausgleichsgesetz abgestimmt und über die Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder. Damit wird auch die Auszahlung der ersten Tranche an die Länder in Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst auf den Weg gebracht. CDU-MdB Karsten Möring: „Noch nie waren die Gesundheitsämter vor Ort so wichtig wie heute. Mit dem ´Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst´ wird der Bund insgesamt vier Milliarden Euro für Personal, Digitalisierung und für die Schaffung moderner Strukturen investieren. Damit wird ein bürger-naher Gesundheitsschutz auch in Köln noch besser und effektiver - zum Wohle von uns allen.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 64 der 19. Wahlperiode

21. November 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

